Artensterben: Die Schweiz muss national das tun, was sie international fordert

Datum	15.10.2026
Subjekt	WWF Schweiz
Region	Schweiz
Kategorie	Internationale Organisationen, Ökologie, Umwelt

An der UNO-Biodiversitätskonferenz in Armenien (CBD COP 17) werden ab nächster Woche die Fortschritte im Kampf gegen das globale Artensterben diskutiert sowie nötige Massnahmen und Mittel verhandelt. Das betrifft auch die Schweiz: Während sie international mehr Schutzgebiete fordert, hat sie im eigenen Land in den letzten 15 Jahren kaum ein neues Schutzgebiet ausgewiesen.

Gemeinsame Medienmitteilung von BirdLife Schweiz, Pro Natura und WWF Schweiz

In den nächsten zwei Wochen evaluiert die Staatengemeinschaft an der UNO-Biodiversitätskonferenz in Jerewan, Armenien, was getan werden muss, damit das 2022 beschlossene Ziel, den weltweiten Biodiversitätsverlust bis 2030 zu stoppen, noch erreicht werden kann. Grundlage dafür ist der Halbzeitbericht, der sogenannte «Global Report», für den Anfang Jahr alle 196 Vertragsstaaten ihre nationalen Berichte einreichen mussten. 129 haben dies fristgerecht getan, so auch die Schweiz. Die Schweizer Umweltschutzorganisationen weisen auf Lücken im Bericht hin und fordern dringend mehr Ambition bei der nationalen Umsetzung.

Zielerreichung nicht auf Kurs

Ein Drittel aller Arten in der Schweiz sind vom Aussterben bedroht, weltweit liegen die Schätzungen bei einer Million bedrohter Arten. Der jüngst vom WWF veröffentlichte Living Planet Report stellt einen weltweiten Rückgang der beobachteten Wildtierpopulationen um durchschnittlich 73 % fest. Das Zusammenspiel aller Arten gewährleistet überlebenswichtige Kreisläufe wie Sauerstoffproduktion, Wasserfiltration und Bodenfruchtbarkeit. Bereits vor Beginn der Konferenz in Jerewan ist deshalb klar, dass mehr getan werden muss, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. «Der Entwurf des Global Reports zeigt, dass wir weltweit nur bei einem der 23 Ziele auf Kurs sind – das ist sehr bedenklich», kommentiert Nathalie Rutz, Koordinatorin für internationale Zusammenarbeit bei Pro Natura und Mitglied der zivilgesellschaftlichen Delegation.

Die Schweiz ist keine Ausnahme, im Gegenteil: «Von den zehn Zielen in der nationalen Strategie Biodiversität erreichen wir aktuell gerade einmal eines», kritisiert Raffael Ayé, Geschäftsführer von BirdLife Schweiz. Gemäss eigenen Aussagen erreicht der Bund auch ein zweites Ziel, jenes zum internationalen Engagement. Angesichts einer Kürzung der entsprechenden Gelder (s.u.) ist dies jedoch zweifelhaft. Zur nationalen Zielerreichung reicht auch der neue Aktionsplan Biodiversität bei Weitem nicht, den der Bundesrat Ende 2024 verabschiedet hat. «Bei den dort festgelegten Massnahmen handelt es sich grösstenteils um Studien und Pilotprojekte ohne Wirkung im Feld», so Raffael Ayé weiter. Auch Nathalie Rutz betont: «Während sich die Schweizer Delegation in Armenien für mehr Naturschutzgebiete und Finanzen einsetzen will, hat die Schweiz in den letzten 15 Jahren kaum ein neues Schutzgebiet ausgewiesen. Stattdessen wird die Finanzierung des Naturschutzes zusammengestrichen und die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben zum Schutz der Natur verschleppt. Viele der Schweizer Schutzgebiete sind deshalb beeinträchtigt und wertvolle Arten sterben aus.»

Konkrete Prozesse und Finanzierungszusagen gefordert

«Wenn wir glaubwürdig auftreten wollen, muss sich das ändern», fordert Rutz im Namen der Umweltorganisationen. «Das Resultat der Konferenz darf sich nicht auf globale Appelle beschränken. Es muss ein konkreter Prozess beschlossen werden, wie die Staaten gemeinsam die nötigen Massnahmen zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen umsetzen und finanzieren können. Und die Schweiz muss entsprechend nachbessern». Insbesondere die Finanzierung dürfte noch zu reden geben: Von den angestrebten 30 Milliarden Dollar pro Jahr, die von den Industrieländern bereitgestellt werden sollen, sind erst 10 Milliarden vorhanden. Umso bedenklicher, dass der Bundesrat Ende August lediglich 176 Millionen Franken für globale Umweltfonds beantragte; 2023 bis 2026 war dieser Rahmenkredit noch 21,5 Millionen Franken höher. «Die Umweltfonds finanzieren Massnahmen in Entwicklungsländern in den Bereichen Klima, Biodiversität, Wasser und Verschmutzung. Hier muss die Schweiz ihre Verantwortung dringend besser wahrnehmen. Schliesslich ist unser Land wegen seiner internationalen wirtschaftlichen Verflechtung und des grossen Fussabdrucks auch massgeblich mitverantwortlich für die globale Biodiversitätskrise», stellt Raffael Ayé klar.

Weitere Informationen:

- Global Report 2026
- Website der UNO-Biodiversitätskonferenz in Jerewan
- Living Planet Report WWF 2026
- Biodiversitätsbericht Schweiz der SCNAT

- Pro Natura: Nathalie Rutz, Koordinatorin für internationale Zusammenarbeit, Mitglied der zivilgesellschaftlichen Delegation vor Ort in Jerewan, +41 78 338 48 93, nathalie.rutz@pronatura.ch
- BirdLife Schweiz: Raffael Ayé, Geschäftsführer, +41 76 308 66 84, raffael.aye@birdlife.ch
- WWF Schweiz: Sebastian Obrist, Mediensprecher, +41 44 297 22 11, sebastian.obrist@wwf.ch

https://www.wwf.ch/de/medien/artensterben-die-schweiz-muss-national-das-tun-was-sie-international-fordert